Nacht-Telegramme.
(Nur in einem Theile der Auflage.)
Berlin, 27. Febr. Der Staatssekretär Graf Herbert Bismarck ist heute nach Pudlin abgereist.
Rom, 27. Febr. Der Papst empfing heute Nachmittag die deutschen Pilger unter der Führung des Bischofs von Mainz, sowie auch die Pilgern Deutschen, etwa 1200 Personen, in feierlicher Audienz.
London, 27. Febr. Unterhaus. Lord Fergusson erklärte die gestrige Nachricht der „Times", daß England sich in der Nähe der Dardanellen die Gestattung eines türkischen Hafens oder einer türkischen Insel ausgewirkt oder eine solche gefordert habe, für unrichtig.

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang.
Aufl. 46,000 Exempl.

D. R. Patent. Jupe
Vollkommenster selbstthätiger, geräuschloser **Thürschliesser.** Fernsprech-Anschluss Nr. **2100.** Prospecte gratis und franco. **18,000** Stück im Gebrauch. **Curt Heinsius,** Dresden-N., **Tieckstr. 27.**

Dresden, 1888.

Neueste Börsen-Telegramme.
Wien, 27. Febr. Die Dividende der Oesterreichischen Creditt-Anstalt wurde auf 13 Gulden festgesetzt.
Stettin, 27. Febr. (Getreidemkt.) Weizen unv., loco 157—164, April-Mai 165,50, Juni-Juli 169,50. Roggen ruhig, loco 106—113, April-Mai 115,00, Juni-Juli 119,50. Pommerscher Hafer loco 102—110. Rüböl unverändert, Februar 44,50, April-Mai 44,50. Spiritus unv., loco ohne Faß verkauft 36,50, mit 50 M. Consumsteuer —,—, mit 70 M. Consumsteuer 29,50, April-Mai 38,00. Petroleum loco verzollt 12,75.
Breslau, 27. Febr. (Getreidemkt.). Spiritus pr. 100 Ltr. 100%, ggel. 50 M. Verbrauchsabgabe per Febr. 46,50, April-Mai 48,00, Mai-Juni 48,70, do. 70 M. Februar 28,00, April-Mai —. Roggen Febr.-März 110,00, April-Mai 111,00, Mai-Juni 114,00. Rüböl per Februar 46,50, April-Mai 45,50. Auf unfreies. — Wetter: Kalt, Schnee.

Theater- und Maskengarderobe-Magazin I. Ranges von **Math. Klemich,** Wilsdrufferstrasse 17, II. und III. Et. **Dominos** nach neuesten Pariser Modellen in prachtvollen Abendfarben. **Costumes** auf Wunsch nach Mass. Versandt nach auswärts prompt. Schlossstr. 2, II.

Rath an Erfinder
Diese Broschüre ist kostenfrei zu beziehen von **Patentanwalt Rud. Schmidt, Dresden.** Bureau für Erwirkung deutscher und fremder Patente. Haus Café Central.

I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2 part. und erste Etage. **Dominos** in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. **Telephon Nr. 389.**

Theater- u. Masken-Garderobe I. Ranges Bertha Streng, Schlossstr. 24, II. (vis-à-vis Herrn Hof-Conditor Adam).
Meinem alten Rufe getreu grösste Sauberkeit und Accuratesse. Pünktliche Besorgung nach auswärts. **Dominos** in schwarz und couleurt.

Nr. 59. Spiegel: Rußland und Bulgarien. Hofnachrichten, Geschenk des russischen Kaisers, Landtagsverhandlungen, Deputationsbericht, Dr. Caro und Paul Ruschpler †, Lage der Landwirthschaft, Gerichtsverhandlungen. Matinee.

Dienstag, 28. Februar.

Für den Monat März

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, **Marienstraße Nr. 13,** zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserl. Postanstalten im deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in der Oesterr.-Ungar. Monarchie zu 77 Kr. excl. Agiozuschlag angenommen.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Steren in Dresden.

Am Sonnabend ist der russische Botschafter in Konstantinopel, Herr v. Nelidow, auf der Hohen Pforte (dem Sitze der Regierung des Türkenreichs) erschienen, um ihr eine Mittheilung zu machen. In dieser lenkte er die Aufmerksamkeit der Pforte auf die vertragswidrige Stellung hin, welche der Prinz Ferdinand von Coburg in Bulgarien einnimmt. Später erschienen auf der Hohen Pforte noch die Botschafter zwei anderer Großmächte, um derselben eine gleiche Eröffnung zu machen. Es waren die Botschafter Deutschlands und .... Frankreichs, Herr v. Radowitz und Graf Montebello. Daß es gerade die Vertreter der beiden, einander so mißtrauisch beobachtenden Großmächte so eilig hatten, die russische Politik zu unterstützen, ist gewiß bemerkenswerth und wenn wieder die „Köln. Ztg." von einem „Wettkriechen" um die Gunst Rußlands reden sollte, nun, so würde sie sich jetzt dem bloßen äußeren Anscheine nach auf eine Art Vorwand berufen können. Wir gestehen offen, an Stelle des französischen Botschafters hätten wir lieber die Botschafter der mit Deutschland verbündeten Mächte, Oesterreich und Italien, auch England gesehen. Doch, wir verfolgen diese Betrachtung vorläufig nicht weiter. Aus obigem Vorgange ergiebt sich aber, daß Rußland die Unmöglichkeit erkannt hat, ganz Europa zu einer Gesammterklärung wegen der Vertragswidrigkeit der Coburg'schen Fürstenherrlichkeit zu bewegen. Um nicht bei einzelnen Höfen eine Absage zu erhalten, zog Rußland es vor, den ihm von Berlin aus angedeuteten Ausweg zu betreten und für sich allein die vielbesprochene Erklärung dem Sultan vorzutragen. Folgten einzelne Mächte Rußland nach, nun, um so besser. Die Trauben der europäischen Gesammterklärung hatte der russische Fuchs als sauer bezeichnet: das „Journ. de St. Petersbourg" schrieb noch am Sonnabend, es sei ohne allen Zweifel, daß es keineswegs der einmüthigen Zustimmung aller Mächte bedürfe, um den Antrag auf Anwendung des Berliner Vertrages zu stellen, jedoch sei es wünschenswerth, daß alle Mächte sich dem von Rußland zu unternehmenden Schritte anschlössen, weil ein anderes Verhalten die Anarchie in Bulgarien nur verlängern würde. Fragt man nun, warum denn die anderen Mächte Bedenken trugen, sich mit Rußland zur Verurtheilung des Coburg'schen „Räubers der Gewalt" zu vereinigen, so erhält man von überallher dieselbe Antwort: was ist damit denn gewonnen? Diese Gesammterklärung, so wird eingewendet, sei überflüssig; Niemand bezweifle die Thatsache, selbst der Coburger habe öffentlich zugegeben, daß seiner Fürstenherrschaft noch eine Hauptsache fehlte: die Zustimmung der Großmächte. Dieses Selbstverständliche nun noch zu wiederholen und zwar in einer feierlichen Gesammterklärung, sei schlecht mit der Würde der Mächte zu vereinbaren und da die russische Forderung auf etwas ganz Ueberflüssiges gerichtet sei, erwecke sie den Verdacht, daß sie geheime Hintergedanken verfolge. Außerdem müsse doch Rußland sich selbst ein Bild gemacht haben, wie es sich den Zustand denke, der in Bulgarien später eintrete. Die Bulgaren, selbst wenn sie mit der Beseitigung Ferdinand's einverstanden wären, müssen wünschen, daß ihnen ein anderer Thronanwärter benannt werde, der die Zustimmung aller Mächte habe. Auf die bloße Beseitigung des Coburgers, ohne zu wissen, was nachkommt, werden sie sich, durch die bei der Beseitigung des Fürsten Alexander gemachten Erfahrungen gewitzigt, nicht mehr einlassen.

Nun hat sich Rußland entschieden geweigert, nur mit einem Worte anzudeuten, was nach Beseitigung des Coburgers, seiner Ansicht nach, zu geschehen habe. Es ist somit erklärlich, daß Rußland mit seinem Vorschlage nicht überall Gegenliebe fand. Noch ganz zuletzt erklärte ein halbamtliches Blatt Oesterreichs: es sei nicht unbillig, daß, bevor in einer so wichtigen Sache ein so weittragender Schritt gethan werde, man sich auch vollkommene Klarheit über die Folgen desselben zu verschaffen suche. Damit ist nicht gesagt, daß nicht auch der einseitige Schritt Rußlands schon wichtige Folgen habe. Die Pforte, vorher von Rußland vertraulich befragt, erklärte sich zwar bereit, die etwaige Gesammterklärung Europas in Sofia zu übergeben, aber lehnte weitere oder materielle Schritte ab. Auch jetzt, wo blos die von einzelnen Mächten unterstützte Erklärung Rußlands dem Sultan zugegangen ist, wird sich der Sultan nicht weigern, wiederum in Sofia zu erklären, daß er den Coburger nicht als den rechtmäßigen Herrn von Bulgarien anzuerkennen vermöge. So hat der Sultan schon einmal nach Ferdinand's Thronbesteigung sich amtlich ausgesprochen. Weigert sich nun Ferdinand, sein Bündel zu schnüren, verzagen ihn auch seine Bulgaren nicht, nun, so ist das russische Vorgehen nur ein Schlag in's Wasser gewesen. Das Bild würde sich etwas ändern, wenn der sonst so entwerthete russische Rubel doch noch in Bulgarien so viel Kraft besäße, den Thron Ferdinand's zu unterwühlen. Da kann man sich verschiedenes vorstellen, was dann einträte: eine türkische, eine russische oder eine gemischte, von den Großmächten gestellte Besatzung des Landes. Zu der ersten Maßregel giebt sich der Sultan nicht her, die letztere ist undenkbar, weil sie zu den ernstesten Verwickelungen führen müßte; bleibt somit die zweite, die russische Besetzung. Diese hat denn auch wohl der russische Vorschlag im Auge. Zwar leugnet man bisher an der Newa entschieden, daß man sich mit Zwangsmaßregeln trage; aber wenn nun das in Bulgarien eintretende Drunter und Drüber die Russen zu Zwangsmaßregeln zwingt?

Es wird sich nun bald zeigen, ob und wie weit es Rußland mit seinen friedlichen Betheuerungen Ernst war. Erklärlich bleibt das Mißtrauen. Es klingt ja recht schön, wenn Rußland die Wiederherstellung des Berliner Friedensvertrages bezüglich Bulgariens wünscht. Doch ist derselbe nicht allein durch die Thronbesteigung des Coburgers verletzt worden; Rußland hat selbst früher und wiederholt gegen seine klarsten Bestimmungen verstoßen. Der Berliner Congreß verlangte die Schleifung der bulgarischen Donaufestungen und Rußland, das damals in Bulgarien herrschte, besserte die Schäden an den Festungen Rustschuk und Widdin wieder aus. Der Berliner Congreß gestand Bulgarien nur eine Miliz zu und Rußland schuf ihm durch seine Generale, Offiziere und Unteroffiziere ein schlagfertiges Feldheer. Der Berliner Congreß schuf ein gesondertes Ostrumelien und Rußland begünstigte dessen Vereinigung mit Bulgarien. Das sind die Rechtsverletzungen, die in Bulgarien vorgekommen. Außerhalb desselben aber hat Rußland selbst, im klaren Widerspruch mit den Bestimmungen des Berliner Congresses, den Schwarzen Meerhafen Batum, der ein Freihafen war, als solchen geschlossen, ihn in einen russischen Hafen verwandelt und als Kriegshafen befestigt. Wird Rußland, das jetzt eine solche Schwärmerei für die völlige Wiederherstellung der Berliner Congreßakte zur Schau trägt, auch diese überall und auch gegen sich selbst durchführen? Nun hat das Leibblatt Bismarck's das neuerliche Vorgehen Rußlands mit Leibeskräften unterstützt: die „Nordd. Allg." wurde nicht müde, den „versöhnlichen Charakter" des russischen Vorschlags hervorzuheben. Wir können nur wünschen, daß Fürst Bismarck nicht abermals die Erfahrungen mache, über die er sich im Reichstage so bitter beklagte, nämlich, daß alle seine Schritte auf dem Berliner Congresse zu Gunsten Rußlands ihm nur den schnöden Undank Rußlands eingetragen und nicht vor den ärgsten Verdächtigungen geschützt hätten. Wir müssen uns bescheiden, daß Bismarck am besten zu beurtheilen vermag, was für Deutschland am zuträglichsten ist. Hat er im Reichstag erklärt, daß es ein Wahnsinn wäre, wenn Europa wegen des kleinen Bulgarenländchens in Flammen aufgehe und daß nach einem Weltkrieg alle Welt sich fragen würde, warum man sich eigentlich bekriegt habe, so übersieht ein so scharfblickender Staatsmann doch auch nicht die europäische Bedeutung des kleinen Bulgarenstaates. Bismarck weiß so gut wie ein Anderer, daß, wenn die Russen von Bulgarien sprechen, sie die Türkei meinen, und daß die Freiheit und Unabhängigkeit Bulgariens ein Wall ist, welcher die Besitzergreifung Konstantinopels durch die Russen hindert. Wenn daher Bismarck das russische Vorgehen unterstützt, so leiten ihn dabei höhere Gesichtspunkte. Wir können uns z. B. recht wohl vorstellen, daß er jetzt Rußland den Beweis liefern will, daß es nicht Deutschland ist, welches sich den Forderungen widersetzt, die Jenes allenfalls auf Grund des Berliner Congresses erheben kann. Deutschland übernimmt damit noch lange nicht die Verpflichtung, den Bulgaren mit Gewalt einen russischen Thronanwärter aufzudrängen. Zeit gewinnen heißt hier viel gewinnen. Es wäre müßig, darüber Muthmaßungen anzustellen, ob auf dem weiteren Wege sich nicht Rußland mit Heterreich entzweien könne. Wirklichen oder auch nur scheinbaren Beschwerden Rußlands den Boden zu entziehen, indem man ihm die Unmöglichkeit der Ausführung seiner Vorschläge praktisch vorführt, das ist auch eine Politik, mit der sich in dieser verwickelten bulgarischen Frage schon ziemlich weit kommen läßt. Und damit ist für den Frieden viel erreicht.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 27. Febr.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus berieth heute das neue Polizeikostengesetz in erster Lesung. Die Vorlage will, daß in Stadtgemeinden mit Königl. Polizeiverwaltung die Hälfte der Polizeikosten durch die Commune getragen werden sollen. Besonders schwer wird Berlin davon betroffen. Bisher bezahlte Berlin 1,313,343 Mk. zu den Polizeikosten, künftig soll es 4,267,497 Mk. beitragen. Abg. Zelle (erster Syndikus von Berlin) bekämpfte die Vorlage, die nur eine rein mechanische Lösung bringe, und verlangte eine Scheidung zwischen den Beinganissen der Verwaltung und der Polizei, wie sie „sogar im Königreich Sachsen, freilich in unbehilflicher und altfränkischer Weise" durchgeführt sei. Friedländer ist mit Rücksicht auf das Interesse Breslaus und Bachem mit Rücksicht auf Köln gegen die Vorlage. Enneccerus fand dagegen, daß die Vorlage das Privilegium der Städte mit königlicher Polizeiverwaltung nur zur Hälfte beseitige. Minister von Puttkamer erwiderte dem Abg. Zelle, daß das Beispiel Dresdens Leipzig zur Nachfolge nicht verlocke. Die Vorlage wird an eine Kommission verwiesen.

Berlin. Der Reichstag nahm in dritter Lesung die Goldschmidt'sche Novelle zum Blei- und Zinkgesetz, sowie das Vogelschutzgesetz an. Bei dem letzteren bedauerte Abg. Meyer-Halle die von der Kommission beschlossenen Abänderungen, wodurch das Gesetz aufgehört habe, Vogelschutzgesetz zu sein, sondern Vogelvernichtungsgesetz geworden sei. — Dann erfolgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes betreffend die Löschung von Firmen im Handelsregister. Abg. Wedsky (natl.) und Klemm (cons.) begrüßten die Vorlage als eine lange vermißte Verbesserung des Handelsregisters. Abg. Meyer-Halle kündigt ein Amendement an, wodurch die Vorlage auf die in Liquidation befindlichen Aktiengesellschaften ausgedehnt werden soll. Die 2. Berathung findet demnächst ohne vorherige Kommissionsberathung im Plenum statt. — Es folgt die 2. Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die nicht öffentlichen Gerichtsverhandlungen. Abg. Pfaffenrott erklärte die Vorlage für überflüssig. Abg. Rintelen meinte, durch dieselbe werde das Vertrauen des Volkes in den Richterspruch vernichtet und das Ansehen der Gerichte geschädigt. Geh. Rath Kayser vertheidigte die Vorlage im Interesse der äußeren wie inneren Sicherheit. Nach längerer Debatte ward Diskussionsschluß beantragt, wobei sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausstellte. Es waren nur 145 Abg. anwesend. — Morgen: Kolonialjustizgesetz und nichtöffentliche Gerichtsverhandlungen.

Berlin. Zur Beerdigung des Prinzen Ludwig von Baden begiebt sich Prinz Wilhelm morgen nach Karlsruhe. — Aus San Remo wird berichtet, daß die zweite Untersuchung durch Kußmaul bestätigte, daß eine Erkrankung der Lunge nicht vorhanden ist. Dagegen fand Kußmaul, daß der Zustand des Kehlkopfes und das Gesammtbefinden nicht befriedigend sind. Er telegraphirte dem Kaiser. Das Gutachten Kußmauls betont, daß er in den Lungen nichts Krankhaftes gefunden habe, daß er aber die Krankheit sehr ernst ansehen müsse. Kußmaul hat auch die in den letzten 14 Tagen von Bergmann und Bramann angefertigten mikroskopischen Präparate aus dem Auswurf durchgemustert. Die Präparate sollen Verdächtigeres und positiveres Aufschlüsse über die Natur des Leidens ergeben, als die bisherigen anatomischen Untersuchungen. Zur nochmaligen Begutachtung der Präparate ward Dr. Waldeyer-Berlin gewählt. — Das Centrum brachte im Abgeordnetenhause die Anträge betreffend den Religionsunterricht in den Volksschulen und die Corporationsrechte der geistlichen Orden ein. Nach dem ersteren Antrag sollen lediglich die kirchlichen oberen Organe bestimmen, welche Lehrer in den einzelnen Volksschulen den Religionsunterricht zu leiten berechtigt sind. Diese Organe sollen in den Religionsunterricht eingreifen und die Lehrer mit Weisungen versehen dürfen, die diese zu befolgen verpflichtet.

München. Die Abgeordneten beriethen die Petition der Würzburger Centrumswahlmänner, anläßlich der wiederholt durch Stimmengleichheit ungültigen Landtagswahl, das Wahlgesetz abzuändern. Puppert wünscht eine andere Wahlkreiseintheilung. Der Minister des Innern betonte, die Regierung stehe fest auf dem Boden des Gesetzes. Keine Wahlkreiseintheilung werde die Gesammtparteien befriedigen, bevor nicht die Parteien ein friedliches Einvernehmen ermöglichten. Betreffs Würzburgs sei die Gesetzeshilfe unmöglich. Die einzige Hilfe sei eine Verständigung der Wahlmänner.

Paris. Menabrea konferirte am Vormittag mit Flourens. — Nach einer amtlichen Mittheilung aus Hanoi brannten am 27. Februar 500 Häuser in dem Stadtviertel ab, wo die Tischler wohnen. Einer Meldung der Agence Havas aus Konstantinopel zufolge dürfte der Zwischenfall in Damaskus keine Folgen haben. Wie jetzt bekannt wird, flüchteten einige Algierer, von Zaptiehs verfolgt, in das französische Konsulat. Der Konsul ließ das Thor schließen und lieferte die Zaptiehs an den Vali aus, der sich später bei dem Konsul entschuldigte.

San Remo. Der Kronprinz hatte eine gute Nacht. Husten und Auswurf sind verringert.

Die **Berliner Börse** war verstimmt auf den außerordentlichen Rückgang der russischen Bankaktien. Das Geschäft für März war ziemlich lebhaft, auch im späteren Verkehre blieb für Rubelpapiere das Angebot drängend, dagegen beruhigte sich die Stimmung auf den übrigen Gebieten. Banken waren gegen Schluß erholt, deutsche Bahnen gut behauptet, fremde sowie spekulative Montanwerthe ziemlich fest. Im Kassaverkehre waren deutsche Bahnen fest, österreichische still, Banken ruhig, russische Bank für den auswärtigen Handel ca. 10 Proz. niedriger, Bergwerke ziemlich fest. Industrien im Durchschnitt eher schwächer, österreichische Prioritäten matt. Privatdiskont 1⅝ Prozent.

Frankfurt a. M., 27. Febr. Credit 214,50. Staatsbahn 177,80. Lombarden 69,50. Galizier —,—. Egypter 75,10. 4proz. Ungar. Goldrente 77,25. Disconto 189,50. Ober Russen —. Handelsg. —. Laura —. Behauptet.

Wien, 27. Februar. Credit 269,10. Staatsbahn 211,80. Lombarden 76,50. Nordwestb. 152,60. Marknoten 62,20. Ung. Credit 270,00. Ruhig.

Paris, 27. Februar. (Schluß.) Rente 82,67. Anleihe 106,35. Italiener 93,21. Staatsbahn 428,75. Lombarden 170,00. do. Prioritäten —,—. Spanier 67,00. Egypter 379,37. Ottomanen 499,37. Neue Anleihe —. Türken —. Behauptet.

London, 27. Februar. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 102⅝. 1873er Russen 91⅝. Italiener 92⅛. Lombarden 6⅞. Konv. Türken 19⅝. 4proz. fundirte Amerikaner 128⅝. 4proz. Ungar. Goldrente 76⅝. Oesterr. Goldrente 86. Preuß. Consols 105⅛. Egypter 74⅞. Neue Egypter 104⅛. Unif. Egypter 103⅛. Ottomanbank 9⅝. Suez-Actien 85⅛. Spanier 66⅛. — Stimmung: Matt. — Wetter: Nebelig.

Amsterdam, 27. Februar. Produkten (Schluß). Weizen per März —, per Mai 191, weichend. Roggen per März 102, per Mai —, behauptet.

London, 27. Februar. (Produkten) Schluß. Weizen ruhig, englischer Weizen fest, fremder Weizen 6 Sch. billiger, Gerste ruhig, Mehl fester, Malzgerste sowie Mais ½ Sch. billiger, guter Hafer fester, ordinärer Hafer ruhig. — Wetter: Nebelig.

Havre (Produkten). 27. Februar. (Schluß.) Weizen per Februar 24,10, per Mai-August 24,25, ruhig. Spiritus per Februar 46,00, per Mai-August 47,00, ruhig. Rüböl per Februar 49,50, per Mai-August 50,75, behauptet.

Confirmanden-Anzüge von 19½ bis 40 M.
Robert Eger & Sohn, Frauenstrasse

Lokales und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** nahm gestern Vormittag die Vorträge der Herren Staatsminister und Departementschefs sowie des Herrn Geheimen Rath Bär entgegen; hierauf ertheilte der König mehrere Audienzen und übernahm um halb 2 Uhr den Vorsitz einer Gesammtministerialsitzung.

— Den **Kammerherrendienst** bei Sr. Majestät dem König hat auf die Zeit vom 26. ds. bis 10. nächsten Monats Kammerherr Freiherr v. Finck auf Röthnitz.

— Gestern Nachmittag fand bei Ihren Königl. Majestäten die schon erwähnte **Hoftafel** von 38 Gedecken statt, an welcher u. A. die hier accreditirten Gesandten theilnahmen.

— Briefträger **Michel** in Zittau und Postschaffner **Weise** in Dresden erhielten das Königl. preuß. Allgemeine Ehrenzeichen.

— **Landtag.** Die 2. **Kammer** beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem Gesetzentwurf über die Aufbringung der Kosten bei Grundstückszusammenlegungen, welcher ohne Deputationsberathung zur Schlußverhandlung gestellt worden war. Als Referenten befürworten die Abgg. Hermann und Frenzel die Regierungsvorlage, die sie unverändert anzunehmen beantragen. Namentlich heben dieselben hervor, daß das Gesetz die Interessen der Landwirthschaft hervorragend fördern werde. Abg. Kirbach hat dagegen einen Vortheil für die Allgemeinheit aus der Vorlage nicht herausfinden können und beantragt deshalb eine Erhöhung der Pauschsätze für die Zusammenlegungen, um dadurch zu erreichen, daß die Kosten ausschließlich von den Besitzern getragen werden und der Staatszuschuß in Wegfall kommen kann. Abg. v. Oehlschlägel hält dem Vorredner entgegen, der Gesetzentwurf wolle entschieden die wirthschaftlichen Interessen des Landes fördern. Insofern dürfe man in demselben allerdings ein allgemeines Interesse des Landes erblicken. Unter dieselben Gesichtspunkte falle die Errichtung einer Industrieschule in Plauen und einer neuen Eisenbahn-Haltestelle daselbst, wie sie der Herr Abg. Kirbach erst kürzlich in der Kammer vertreten habe. Abg. Philipp äußert sich in gleichem Sinne. Mit der Installirung der Behörden für Grundstückszusammenlegungen sei das staatliche Interesse außer jeden Zweifel gestellt. Abg. Uhlemann-Görlitz betont gleichfalls das allgemeine Landesinteresse gegenüber dem Abg. Kirbach. Letzterer bleibt jedoch dabei, es sei von keiner Seite der Beweis erbracht worden, daß der Entwurf ein allgemeines Interesse verfolge. Er behauptete im Gegentheil, daß dem einzelnen Landwirthe mit der Vorlage eine unverdiente Wohlthat erwiesen werden solle. Sein Antrag werde die Interessen des Grundbesitzes am besten fördern. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz spricht seine Ueberraschung über den Antrag Kirbach aus. Nachdem in den 30er Jahren die Zusammenlegung aus der Neuordnung der Verhältnisse zwischen Berechtigten und Verpflichteten hervorgegangen, habe man denselben allgemein als im Interesse des Landes liegend betrachtet und in anderen Staaten zur Nachahmung empfohlen. Der Entwurf verfolge thatsächlich ein wesentliches Interesse des Landes, da durch denselben die Ertragsfähigkeit des Bodens erhöht werden solle. Nach der Ansicht des Abg. Kirbach würde man im Lande überhaupt keine Meliorationen von staatswegen unterstützen dürfen, auch würden Flußregulirungen, soweit dieselben die Interessen Einzelner förderten, von staatswegen nicht zu unterstützen sein. Im nächsten Landtag werde die Kammer aber eine bedeutende Summe zu bewilligen haben, um am unteren Laufe der Mulde bessere Verhältnisse herbeizuführen. Es werde ja abzuwarten sein, wie sich der Herr Antragsteller dazu stelle. Abg. Kirbach bezeichnet es als eine Ungerechtigkeit, daß sich die Tarifsätze für größere Flächen verhältnißmäßig billiger stellen als für kleine. Nachdem Geh. Rath Böttcher und Vicepräs. Streit die von der Regierung vorgeschlagenen Pauschsätze vertreten, wird der Antrag Kirbach gegen 16 Stimmen abgelehnt und die Vorlage in der Fassung der Regierung angenommen. Abg. v. Trebra berichtet hierauf über eine Petition der geprüften Lehre-